



Rat der
Europäischen Union

002845/EU XXVI. GP
Eingelangt am 27/11/17

Brüssel, den 27. November 2017
(OR. en)

14935/17
ADD 3

ENER 475
CLIMA 325
AGRI 652
COMPET 819
TRANS 519
ENV 993
ECOFIN 1042
RELEX 1030
TELECOM 319
CONSOM 377

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Herr Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, im Auftrag des Generalsekretärs der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	24. November 2017
Empfänger:	Herr Jeppe TRANHOLM-MIKKELSEN, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union
Nr. Komm.dok.:	COM(2017) 688 final - Annex 3
Betr.:	ANHANG der MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS, DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN UND DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK Dritter Bericht zur Lage der Energieunion

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2017) 688 final - Annex 3.

Anl.: COM(2017) 688 final - Annex 3

14935/17 ADD 3

/dp

DGE 2B

DE



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 23.11.2017
COM(2017) 688 final

ANNEX 3

[...]

ANHANG

der

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN
RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIAUSSCHUSS, DEN
AUSSCHUSS DER REGIONEN UND DIE EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK**

Dritter Bericht zur Lage der Energieunion

{SWD(2017) 384 final} - {SWD(2017) 385 final} - {SWD(2017) 386 final} -
{SWD(2017) 387 final} - {SWD(2017) 388 final} - {SWD(2017) 389 final} -
{SWD(2017) 390 final} - {SWD(2017) 391 final} - {SWD(2017) 392 final} -
{SWD(2017) 393 final} - {SWD(2017) 394 final} - {SWD(2017) 395 final} -
{SWD(2017) 396 final} - {SWD(2017) 397 final} - {SWD(2017) 398 final} -
{SWD(2017) 399 final} - {SWD(2017) 401 final} - {SWD(2017) 402 final} -
{SWD(2017) 404 final} - {SWD(2017) 405 final} - {SWD(2017) 406 final} -
{SWD(2017) 407 final} - {SWD(2017) 408 final} - {SWD(2017) 409 final} -
{SWD(2017) 411 final} - {SWD(2017) 412 final} - {SWD(2017) 413 final} -
{SWD(2017) 414 final}

DE

DE

Anhang 3 – Fortschritte bei der Erarbeitung der nationalen Energie- und Klimapläne

Das vorliegende Dokument beruht auf Angaben der Mitgliedstaaten bzw. Kommissionsquellen.

Österreich

Österreich beginnt derzeit mit der Entwicklung des integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (National Energy and Climate Plan, NECP) für den Zeitraum 2021-2030. Die Energiestrategie Österreich (2010) wird gegenwärtig überprüft. In diesem Zusammenhang arbeitet Österreich bereits an einer integrierten Strategie, die als Grundlage für den NECP dienen soll. Im Juni 2016 wurde mit der Veröffentlichung eines Grünbuchs eine breit angelegte öffentliche Konsultation (online und im Rahmen von Arbeitsgruppen) eingeleitet, die im Dezember 2016 abgeschlossen wurde. Die Ergebnisse der Konsultation werden bei der Erstellung des Weißbuchs (der integrierten Energie- und Klimastrategie) berücksichtigt. Die analytische Grundlage und die damit verbundenen Szenarien werden vom österreichischen Umweltbundesamt und dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) erarbeitet.

Über die Zielwerte für den künftigen integrierten nationalen Energie- und Klimaplan (etwa für die Verringerung der Treibhausgasemissionen, erneuerbare Energien oder Energieeffizienz) wurde noch keine Entscheidung getroffen. Zudem wird eine Strategie zur CO₂-armen Entwicklung erarbeitet.

Belgien

Belgien beginnt derzeit mit der Entwicklung des integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030. Das Land hat eine Lenkungsgruppe mit Vertretern der föderalen und regionalen Energie- und Umweltministerien sowie eine Untergruppe, die die Projektionen für die analytische Grundlage erarbeitet, und spezifische Untergruppen für die fünf Dimensionen der Energieunion eingerichtet. Im Rahmen des pentalateralen Energieforums werden darüber hinaus Möglichkeiten für eine regionale Zusammenarbeit geprüft.

Auf nationaler Ebene wurden die einzelnen Interessengruppen zum sogenannten „Energiepakt“ – in dem eine langfristige globale Vision im Energiebereich entwickelt wird – schriftlich konsultiert. Zudem findet online eine zweite öffentliche Konsultation der breiten Öffentlichkeit statt. Eine politische Vereinbarung zwischen den vier für Energie zuständigen Ministern in Belgien soll bis Ende 2017 erzielt werden und die Grundlage für die energiepolitischen Strategien und Maßnahmen des NECP bilden. Zudem wurden die einzelnen Interessengruppen auf regionaler Ebene konsultiert („Stroomversnelling“, Region Flandern, und „Sommet Air-Climat-Energie“, Region Wallonien).

Im Juli 2013 wurde in einem Föderalen Königlichen Erlass darüber hinaus eine langfristige politische Vision für eine nachhaltige Entwicklung dargelegt, die bis 2050 eine Senkung der

Treibhausgasemissionen um mindestens 80 bis 95 % gegenüber 1990 vorsieht. Anfang 2014 verabschiedete zudem das Parlament der Region Wallonien den „wallonischen Klimaerlass“, wonach die Gesamt-THG-Emissionen zwischen 1990 und 2020 um 30 % und zwischen 1990 und 2050 um 80 % bis 95% gesenkt werden sollen. Der Erlass wird im Rahmen eines neuen Luft-Klima-Plans bis 2030 umgesetzt. Am 28. September 2017 verabschiedete das wallonische Parlament ferner eine Klima-Resolution, in der es dazu aufrief, die THG-Emissionen in Wallonien bis 2050 um 95 % zu senken. Die flämische Regierung hat eine langfristige Vision für den Energiebereich verabschiedet und erarbeitet derzeit eine Strategie für eine CO₂-arme Entwicklung bis 2050, die im ersten Halbjahr 2018 verabschiedet werden soll. Der flämische Energie- und Klimaplan soll im zweiten Halbjahr 2018 fertiggestellt werden. Ferner verpflichtete sich die Region Brüssel Hauptstadt zur Senkung der THG-Emissionen um 30 % bis 2025 (gegenüber 1990). Ein erster integrierter regionaler Luft-Klima-Energie-Plan wird derzeit umgesetzt, und die Arbeiten an einer Strategie für eine CO₂-arme Entwicklung bis 2050 kommen gut voran. In diesem Rahmen werden auch mögliche zusätzliche Maßnahmen (für die Zeit bis 2030) geprüft.

Bulgarien

Bulgarien beginnt derzeit mit der Entwicklung des integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030. Dazu wurde eine ministerienübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet, die vom Energieministerium geleitet und koordiniert wird. Die Arbeitsgruppe beabsichtigt, auch Interessenträger außerhalb der Ministerien – wie z. B. Exekutivagenturen mit Kenntnissen und Erfahrung hinsichtlich der Modellierung und der Erstellung von Projektionen, das Parlament und Nichtregierungsorganisationen – einzubeziehen. Die Arbeitsgruppe wird sensible Bereiche ermitteln, in denen weitere Kenntnisse erforderlich sind, und hat die Kommission formell um technische und organisatorische Unterstützung ersucht.

Zudem erarbeitet Bulgarien derzeit seine nationale Energiestrategie für die Zeit bis 2030, die auch einen Ausblick auf 2050 umfasst. Diese Strategie und der NECP sollen parallel entwickelt werden, um Synergien zu erzeugen und gemeinsame analytische Instrumente und Datenquellen nutzen zu können. Darüber hinaus soll eine Strategie für eine CO₂-arme Entwicklung erarbeitet werden, die sich an den dritten nationalen Aktionsplan zum Klimawandel (NAPCC) für 2013-2020 anschließt.

Kroatien

Kroatien beginnt derzeit mit der Entwicklung des integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030.

Das Land verfügt bereits über eine nationale Energiestrategie für 2009-2020, die vor dem ersten Quartal 2019 überarbeitet werden soll.

Zum Entwurf einer Strategie für eine emissionsarme Entwicklung bis 2030, die auch einen Ausblick auf 2050 umfasst, wurde bis Juli 2017 eine öffentliche Konsultation durchgeführt.

Sobald die Strategie für eine emissionsarme Entwicklung und die überarbeitete Energiestrategie vom Parlament verabschiedet sind, sollen sie in die Erarbeitung des integrierten nationalen Energie- und Klimaplans einbezogen werden.

Tschechische Republik

Die Tschechische Republik beginnt derzeit mit der Entwicklung des integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030. Dies gilt sowohl für die institutionellen Vorkehrungen und öffentlichen Konsultationen als auch für die regionale Zusammenarbeit und die Erarbeitung der analytischen Grundlage.

Die Tschechische Republik verfügt seit 2015 über eine Staatliche Energiestrategie mit dem Zeithorizont 2040, die verschiedene Einzelziele umfasst. Die Staatliche Energiestrategie betrifft vier der fünf Dimensionen der Energieunion: Dekarbonisierung, Energieeffizienz, Binnenmarkt und Versorgungssicherheit. Zu den vorläufigen Indikatoren und Zielen gehören:

- eine 40%ige Verringerung der CO₂-Emissionen bis 2030 gegenüber 1990;
- Energieeinsparungen um 20 % im Jahr 2020 gegenüber dem Szenario „Business as usual“;
- Anteil der inländischen Primärquellen an der jährlichen Stromerzeugung von mindestens 80 % (auf erneuerbare Energien, sekundäre Quellen und die Stromerzeugung aus Abfall sollen 18-25 % entfallen);
- eine Importabhängigkeit von höchstens 65 % bis 2030 und höchstens 70 % bis 2040.

Zudem wurde im März 2017 die Klimaschutzstrategie (als tschechische Strategie für eine CO₂-arme Entwicklung) verabschiedet, die Ziele für die Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030 und 2040 enthält.

Zypern

Zypern beginnt derzeit mit der Entwicklung des integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030. Das Land bereitet die erforderlichen institutionellen Strukturen vor und hat bereits mehrere Studien für die langfristige energie- und klimapolitische Planung durchgeführt. Für die Zeit nach 2020 wurden noch keine Ziele festgelegt, aber die Studien sollen es ermöglichen, nationale Ziele festzusetzen und die kosteneffizientesten Strategien und Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele zu bestimmen. Nach Abschluss der Studien, der in den meisten Fällen demnächst zu erwarten ist, wird Zypern mit der Erstellung des nationalen Energie- und Klimaplans für den Zeitraum 2021-2030 beginnen.

Dänemark

Dänemark beginnt derzeit mit der Entwicklung des integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030. Die Erstellung des Plans sowie die

öffentlichen Konsultationen haben noch nicht begonnen, wenngleich die politischen Vorkehrungen bereits im Gange sind. Dennoch sollte der Entwurf eines NECP nach Ansicht Dänemarks bis zum 1. Januar 2018 erstellt werden können. Dazu wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, in denen das dänische Ministerium für Energie, öffentliche Dienste und Klima und die dänische Energieagentur vertreten sind. Mit Blick auf den analytischen Teil hat die dänische Energieagentur ein Szenario für eine „unveränderte Politik“ entwickelt, das als Vergleichsszenario für neue Strategien und Maßnahmen dienen soll. Nach Angaben der dänischen Behörden werden sowohl die neue Energievereinbarung als auch die Strategie für die Nicht-EHS-Sektoren in der Praxis einen Teil der Grundlage für den Entwurf eines NECP bilden. Hinsichtlich der regionalen Zusammenarbeit hebt Dänemark den guten Dialog mit den anderen nordischen Ländern und die bereits bestehende Zusammenarbeit hervor, wenngleich letztere noch nicht den integrierten NECP umfasst.

In Dänemark besteht eine Energievereinbarung für den Zeitraum 2012-2020. Eine neue Energievereinbarung für die Zeit nach 2020 wird derzeit entwickelt, dürfte aber nicht vor 2018 verabschiedet werden. Die Regierung plant, noch 2017 eine kostenwirksame Strategie zur Erreichung des nationalen Ziels für die Verringerung der Treibhausgasemissionen in den Nicht-EHS-Sektoren im Zeitraum 2021-2030 zu erarbeiten.

Estland

Estland beginnt derzeit mit der Entwicklung des integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030. Die institutionellen Vorkehrungen sind bereits fortgeschritten. Als Grundlage für die Entwicklung des NECP dienen sowohl die Allgemeinen Grundsätze der estnischen Klimapolitik als auch der nationale Entwicklungsplan für den Energiesektor. Nach Angaben Estlands wird die öffentliche Konsultation zu diesen beiden Dokumenten demnächst abgeschlossen, wenngleich noch eine öffentliche Konsultation zu dem NECP ansteht.

Im ersten Halbjahr 2017 verabschiedete Estland die CO₂-Strategie „Allgemeine Grundsätze der estnischen Klimapolitik bis 2050“. Sie enthält einen Fahrplan für den Übergang des Landes zu einer wettbewerbsfähigen CO₂-armen Wirtschaft und sieht eine Verringerung der Treibhausgasemissionen in den Bereichen Energie, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft, Forst- und Abfallwirtschaft bis 2050 um mindestens 80 % gegenüber 1990 vor. Im Oktober 2017 billigte die Regierung den nationalen Entwicklungsplan für den Energiesektor bis 2030. Für 2030 wird in diesem Zusammenhang Folgendes erwartet:

- Verringerung der Treibhausgasemissionen im Energiesektor um 70 % (gegenüber 1990);
- erneuerbare Energien: 50 % des Endenergieverbrauchs einschließlich statistischer Transfers auf andere EU-Mitgliedstaaten;
- Energieeffizienz: Endenergieverbrauch in den Jahren 2020 und 2030 auf dem gleichen Niveau wie 2010;

- Primärenergieversorgung: 57,7 TWh.

Zudem umfasst der nationale Entwicklungsplan für den Energiesektor bis 2030 Pläne für die regionale Zusammenarbeit, insbesondere mit Lettland und Litauen.

Finnland

Die Entwicklung eines integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030 ist in Finnland bereits fortgeschritten. Die Grundlage für den finnischen NECP bilden der Bericht der Regierung über die Energie- und Klimastrategie bis 2030 (Herbst 2016), der mittelfristige klimapolitische Plan (Herbst 2017) und andere einschlägige Dokumente. Wenngleich noch weitere Arbeiten erforderlich sind, sollten bei der Erstellung des NECP dieselben institutionellen Strukturen genutzt werden wie bei früheren Initiativen. Zur Vorbereitung der Energie- und Klimastrategie bis 2030 fanden zudem bereits eine umfassende internetgestützte öffentliche Anhörung sowie thematische Seminare mit den verschiedenen Interessenträgern statt. Hinsichtlich der regionalen Zusammenarbeit wurde die Strategie unter der Leitung des Nordischen Ministerrates fachlich erörtert. Die Entwicklung der analytischen Grundlage für den NECP ist ebenfalls bereits recht weit fortgeschritten.

Mit dem energie- und klimapolitischen Fahrplan des Parlaments für 2050 (2014), dem Klimaschutzgesetz (2015), dem Bericht der Regierung zur Energie- und Klimastrategie bis 2030 (2016) und dem kürzlich verabschiedeten mittelfristigen klimapolitischen Plan hat Finnland konkrete politische Maßnahmen und eine Reihe mittelfristiger Ziele und Vorgaben für den Übergang zu einer nachhaltigen und CO₂-armen Wirtschaft festgelegt. Dazu zählen:

- die Verringerung der Treibhausgasemissionen in Nicht-EHS-Sektoren bis 2030 um 39 % und bis 2050 um mindestens 80 % gegenüber 1990; Ziel ist eine CO₂-neutrale Gesellschaft.
- Ausstieg aus der Kohlenutzung, mit wenigen Ausnahmen, bis 2030;
- Deckung von mehr als 50 % des Endenergieverbrauchs mit erneuerbaren Energien in den 2020er-Jahren;
- Steigerung des Anteils der Biokraftstoffe im Straßenverkehr auf 30 % bis 2030.

Frankreich

Frankreich beginnt derzeit mit der Entwicklung des integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030. Nach Ansicht Frankreichs ist es für den NECP erforderlich, die bestehende nationale Strategie für eine CO₂-arme Entwicklung (November 2015) und das mehrjährige Energieprogramm (Oktober 2016) einzubeziehen und mit der nationalen Forschungsstrategie für den Energiebereich (Dezember 2016) zusammenzufassen. Die analytische Grundlage und die einzelnen Szenarien werden in Frankreich kontinuierlich weiterentwickelt und aktualisiert.

Das Gesetz zur Umstellung im Energiebereich auf ein umweltfreundliches Wachstum („loi relative à la transition énergétique pour la croissance verte“) ist in Kraft und bildet die Rechtsgrundlage der Strategie für eine CO₂-arme Entwicklung und des mehrjährigen Energieprogramms. Beide sollen in den kommenden Monaten überarbeitet und bis Ende 2018 verabschiedet werden (insbesondere sieht der Klimaplan der Regierung vom 6. Juli 2017 vor, dass die künftige Strategie für eine CO₂-arme Entwicklung auf die CO₂-Neutralität bis 2050 abzielt). Zu den Zielen zählen:

- Verringerung der Treibhausgasemissionen: 40 % bis 2030 und 75 % bis 2050 (gegenüber 1990);
- erneuerbare Energien: 32 % des Endenergieverbrauchs im Jahr 2030;
- Energieeffizienz: Verringerung des Endenergieverbrauchs um 20 % bis 2030 und um 50 % bis 2050 (jeweils gegenüber 2012).

Deutschland

Die Entwicklung eines integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030 ist in Deutschland bereits fortgeschritten. Administrativ wird die Erarbeitung vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie im Wege regelmäßiger Sitzungen der dafür eingerichteten intraministeriellen NECP-Arbeits- und -Lenkungsgruppen koordiniert.

Was den analytischen Teil des Plans betrifft, entwickelt Deutschland seine analytische Grundlage kontinuierlich weiter, etwa durch sektorspezifische Studien, Untersuchungen zu den Projektionen für das deutsche Energieversorgungssystem und Folgenabschätzungen sowie durch Studien zur Übereinstimmung der nationalen und EU-weiten Datengrundlage. Darüber hinaus haben interne Vorbereitungen für die öffentliche Konsultation und die regionale Zusammenarbeit begonnen.

Hinsichtlich der politischen Aspekte des Plans hat Deutschland begonnen, nationale Ziele, Strategien und Maßnahmen für die fünf Dimensionen der Energieunion zu entwickeln, insbesondere die energie- und klimapolitischen Ziele für 2030. Dabei lassen sich Synergien mit Strategien und Maßnahmen nutzen, die im Rahmen des Aktionsplans für Klimaschutz 2050 entwickelt werden. In diesem Zusammenhang wird auch die Übereinstimmung mit dem analytischen Teil sichergestellt.

Zudem hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie mit der externen Kommunikation zum NECP-Verfahren begonnen, um Entscheidungsträgern, Interessengruppen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und der breiteren Öffentlichkeit dessen Rolle als zentraler Teil der Rahmenstrategie für die Energieunion zu verdeutlichen.

In den deutschen NECP fließen mehrere nationale energie- und klimapolitische Strategien ein, darunter das deutsche Energiekonzept, der nationale Aktionsplan Energieeffizienz, das

Aktionsprogramm Klimaschutz 2020, die Energieeffizienzstrategie für Gebäude, der Klimaschutzplan 2050, das Grünbuch Energieeffizienz, das Impulspapier „Strom 2030“ und das 6. Energieforschungsprogramm der Bundesregierung (das 7. Energieforschungsprogramm wird demnächst verabschiedet und soll ebenfalls in den NECP einfließen).

Griechenland

Griechenland beginnt derzeit mit der Entwicklung eines integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030. Das Land plant, einen ministeriellen Lenkungsausschuss einzusetzen, der von fachlichen Arbeitsgruppen unter Beteiligung verschiedener Behörden und Forschungseinrichtungen, darunter das Ministerium für Umwelt und Energie, das Zentrum für Erneuerbare Energien und Energieeinsparungen (CRES) und weitere Einrichtungen, unterstützt wird. Hinsichtlich der analytischen Grundlage plant Griechenland, sich auf vorhandene Daten und Modellierungserfahrung zu stützen.

Für die Zeit nach 2020 wurden noch keine Ziele für Energieeffizienz und erneuerbare Energien festgelegt.

Ungarn

Die Entwicklung eines integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030 ist in Ungarn bereits fortgeschritten. So wurden bereits bestehende Initiativen, auf die sich der Plan stützen kann, vorhandene Indikatoren und Analysen sowie verbleibende Lücken bestimmt. Mit den einschlägigen Abteilungen des Ministeriums für nationale Entwicklung wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Ungarn entwickelt seine analytische Grundlage kontinuierlich weiter.

Seit 2011 verfügt Ungarn über eine Nationale Energiestrategie 2030, die alle zwei Jahre aktualisiert wird. Die zweite nationale Klimaschutzstrategie für den Zeitraum 2017-2030 wurde zusammen mit einem Ausblick auf 2050 Mitte 2017 verabschiedet. Für die Verringerung der Treibhausgasemissionen (gegenüber 2005) wurden folgende Ziele festgelegt:

- 7 % bis 2030 in den Nicht-EHS-Sektoren und
- 43 % bis 2030 in den EHS-Sektoren.

Mit seiner nationalen Strategie für die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden von 2015 strebt Ungarn bis 2030 Einsparungen im Primärenergieverbrauch von Gebäuden in Höhe von 111 Petajoule an.

Irland

Irland beginnt derzeit mit der Entwicklung des integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030. Wenngleich die Erstellung des NECP noch nicht begonnen hat, wurde im März 2017 der erste Entwurf eines nationalen Klimaschutzplans in einer öffentlichen Konsultation behandelt und in seiner endgültigen

Form im Juli veröffentlicht. Der Plan soll fortlaufend weiterentwickelt und wiederholt durch neue Klimaschutzmaßnahmen ergänzt werden. Zudem soll er in die Arbeit am NECP einfließen. Auch was die analytische Grundlage betrifft, sollen die Arbeiten an dem nationalen Klimaschutzplan für die Erstellung des NECP genutzt werden.

Das Energie-Weißbuch „Irlands Übergang zu einer CO₂-armen Zukunft im Energiebereich 2015-2030“, die nationale strategische Position zum Klimawandel (2014) und das Gesetz zu Klimaschutz und CO₂-armer Entwicklung (2015) bilden die politische und gesetzliche Grundlage für den Übergang zu einer CO₂-armen, klimaresistenten und ökologisch nachhaltigen Wirtschaft bis 2050. Dazu sollen unter anderem regelmäßig nationale Klimaschutzpläne (für den Zeitraum bis 2050) und entsprechende Anpassungsrahmen erstellt werden.

Italien

Die Entwicklung eines integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030 ist in Italien bereits fortgeschritten. Die (kürzlich vorgelegte) italienische Energiestrategie stellt dabei einen ersten Schritt dar und soll es ermöglichen, die spezifischen nationalen strategischen Maßnahmen mit Blick auf die EU-Energie- und -Klimaziele für 2030 zu verstärken.

Die Energiestrategie wurde nach einer Konsultation erstellt, die sich an alle relevanten Behörden, das nationale Parlament, Industrieverbände, Forschungseinrichtungen und sonstige italienische Interessenträger richtete. Diese förmliche öffentliche Konsultation lief bis zum 15. September 2017. Nach Prüfung der übermittelten Kommentare soll die Strategie förmlich verabschiedet werden.

Die Strategie beruht auf den Prioritäten der Energieunion und steht im Einklang mit dem Vorschlag der Kommission für eine Verordnung zur Governance der Energieunion. Sie bildet den Rahmen für nationale Maßnahmen, mit denen in Übereinstimmung mit europäischen Vorgaben und internationalen Verpflichtungen drei Ziele auf ausgewogene Weise erreicht werden sollen: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft, Dekarbonisierung, auch durch Innovationen und Technologie, sowie – in einem sich ändernden internationalen Szenario – die Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit durch Flexibilität und Diversifizierung. So sieht die italienische Regierung insbesondere bis 2030 ein nationales Ziel für erneuerbare Energie von 27 % (48-50 % für Strom, 28-30 % für Heizung und Kühlung und 17-19 % für den Verkehr, mit dem eindeutigen Schwerpunkt Biokraftstoffe) vor und beabsichtigt den vollständigen Ausstieg aus der Nutzung von Kohle bis 2025-2030.

Lettland

Lettland beginnt derzeit mit der Entwicklung eines integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030. Der politische Prozess dürfte sich nach der Verabschiedung eines nationalen Positionspapiers (das derzeit interinstitutionell abgestimmt wird) beschleunigen. Nach ersten Erörterungen zwischen der Kommission und Vertretern der

lettischen Regierung könnte das Land für die Erstellung des analytischen Teils des integrierten NECP einen Unterstützungsantrag stellen, insbesondere in Bezug auf praktische Empfehlungen zur Verbesserung der zugrunde liegenden Annahmen und Daten für die Modellierung.

Die Strategie Lettlands für eine nachhaltige Entwicklung bis 2030 zielt auf eine Verringerung der Treibhausgasemissionen von 45 % gegenüber 1990 ab. Die lettische langfristige Energiestrategie „Wettbewerbsfähige Energie für die Gesellschaft“ sieht für 2030 folgende indikative Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz vor:

- erneuerbare Energien: 50 % am Bruttoendenergieverbrauch;
- Energieeffizienz: Verringerung des durchschnittlichen Wärmeenergieverbrauchs für Heizzwecke um 50 %.

Litauen

Litauen beginnt derzeit mit der Entwicklung eines integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030 und hat dazu eine ministerienübergreifende Gruppe eingerichtet. Die öffentliche Konsultation sowie die regionale Zusammenarbeit werden im Moment noch vorbereitet. Litauen plant, auf der bestehenden regionalen Zusammenarbeit im Rahmen des Verbundplans für den baltischen Energiemarkt (BEMIP) aufzubauen. Die analytische Grundlage wird derzeit auf der Basis der 2015 erstellten Analysen zur Aktualisierung der nationalen Strategie für die Unabhängigkeit der Energieversorgung (2012) entwickelt. Nach Ansicht Litauens wird die Studie zum baltischen Energietechnologie-Szenario, die im Oktober 2017 in einem ersten Entwurf vorliegt, zur Entwicklung des NECP beitragen.

Litauen aktualisiert derzeit seine nationale Strategie für die Unabhängigkeit der Energieversorgung und ergänzt diese durch die Ziele für 2030 und einen Ausblick auf 2050 (die Verabschiedung ist für Ende 2017 vorgesehen). In der Strategie werden auch Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz festgelegt. Im Bereich der Energieversorgungssicherheit kann Litauen sich auf die derzeitige und künftige nationale Strategie für die Unabhängigkeit der Energieversorgung (2012 und 2017) sowie auf den BEMIP-Aktionsplan stützen, der mehrere konkrete Projekte umfasst.

In der Strategie für die nationale Klimapolitik sind die Ziele und Vorgaben für die Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel bis 2050 festgelegt. Rechtsverbindliche kurzfristige Ziele für den Klimaschutz bis 2020 wurden im Einklang mit dem Rahmen für die Klima- und Energiepolitik der EU bis 2020 festgesetzt. Zudem sieht die Strategie – als Beitrag zur Erreichung der EU-Ziele zur Verringerung der THG-Emissionen – folgende indikative mittel- und langfristige Ziele für die Eindämmung des Klimawandels vor: Verringerung der THG-Emissionen gegenüber 1990 um mindestens 40 % bis 2030, 60 % bis 2040 und 80 % bis 2050. Die Strategie soll nach der Verabschiedung der EU-Rechtsakte zur

Umsetzung des Rahmens für die Klima- und Energiepolitik der EU bis 2030 überarbeitet werden.

Luxemburg

Luxemburg beginnt derzeit mit der Entwicklung des integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030. So werden gegenwärtig bestehende nationale Pläne analysiert und Daten erhoben, um eine solidere und kohärentere analytische Grundlage zu schaffen.

Luxemburg arbeitet zudem an einer neuen nationalen Energiestrategie für die Zeit nach 2020, die Anfang 2018 fertiggestellt sein soll. Ebenso wie die in Arbeit befindliche Strategie für eine CO₂-arme Entwicklung wird die Strategie Ziele für die Bereiche Strom, Öl, Gas, Energieeffizienz und erneuerbare Energien für 2030 enthalten. Luxemburg stützt sich dabei auf eine Reihe bestehender Pläne und Strategien für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, die sich auf die Zeit bis 2020 und teilweise darüber hinaus erstrecken.

Malta

Malta beginnt derzeit mit der Entwicklung eines integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030 und hat dazu im institutionellen Bereich die erforderlichen Ad-hoc-Strukturen geschaffen. Für die analytische Grundlage werden gegenwärtig Daten erhoben und Modelle überprüft.

Malta nimmt an dem von der Kommission finanzierten technischen Unterstützungsprogramm teil und erhält dabei insbesondere technische Hilfe bei der Erstellung der integrierten Klima- und Energieprojektionen. Zudem wurde der Unterstützungsantrag Maltas im Rahmen des ersten Aufrufs zu Interessenbekundungen für das Programm zur Unterstützung von Strukturreformen angenommen. Malta erarbeitet derzeit eine Strategie für eine CO₂-arme Entwicklung mit dem Zeithorizont 2050, die bis 2019 fertiggestellt werden soll. Für die Zeit nach 2020 wurden noch keine Ziele festgesetzt.

Niederlande

Die Entwicklung eines integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030 ist in den Niederlanden bereits fortgeschritten. Das Land hat sich bisher auf den analytischen Teil des NECP konzentriert und entwickelt gegenwärtig nationale Ziele, Vorgaben, Strategien und Maßnahmen. Politische Berater und Sachverständige aus Ministerien sowie Planungsbüros und -agenturen ermitteln die zur Verfügung stehenden und noch fehlenden Daten und beginnen damit, die vorgesehenen Formulare so weit wie möglich auszufüllen.

Der NECP wird auf der von der scheidenden Regierung veröffentlichten Energieagenda basieren, die derzeit weiter ausgearbeitet wird. Die Energieagenda wurde Ende 2016 verabschiedet und konzentriert sich auf die für die in Paris 2015 vereinbarten Klimaziele

erforderliche Verringerung der Treibhausgasemissionen. Dazu sollen die THG-Emissionen mit Hilfe von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz bis 2050 um 80-95 % gesenkt werden. Zur Vorbereitung der Energieagenda fand ein Dialog mit Interessengruppen statt. Zudem hat die Regierung 2013 mit mehr als 40 nationalen Interessengruppen (Unternehmen, lokale Behörden und Nichtregierungsorganisationen) eine Energievereinbarung geschlossen. Wenngleich sich diese auf das Zwischenziel für 2023 konzentriert, wurde speziell für den Verkehrssektor eine Verringerung um 17 % bis 2030 vereinbart und auch das Ziel einer Verringerung um 60 % bis 2050 hervorgehoben.

Die neue niederländische Regierung hat angekündigt, eine ehrgeizigere Klimapolitik zu verfolgen, die in einem neuen Klimagesetz sowie bei der Verlängerung der Energievereinbarung für die Zeit bis 2030 festgelegt werden soll.

Polen

Polen beginnt derzeit mit der Entwicklung eines integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030 und hat dazu ein interministerielles Team eingerichtet. Die Erstellung eines NECP-Entwurfs begann im Januar 2017. Das Energieministerium führt derzeit verschiedene Analysen für den NECP durch; die Ausschreibung für die Erstellung des analytischen Teils wurde eingeleitet, und parallel dazu werden die Vorschläge für die Strategien und Maßnahmen erarbeitet.

Die polnische Energiestrategie für die Zeit bis 2030 besteht seit 2009. Sie zielt auf ein energieneutrales Wirtschaftswachstum ab, d. h. ein Wirtschaftswachstum ohne zusätzlichen Primärenergiebedarf, und sieht die Senkung der Energieintensität der polnischen Wirtschaft auf das Niveau der EU-15 vor. Derzeit wird die Energiestrategie Polens bis 2050 zusammen mit sektorbezogenen Programmen für den Kohlesektor erstellt.

Portugal

Portugal beginnt derzeit mit der Entwicklung eines integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030. Die Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschafts- und dem Umweltministerium wurde durch die Einrichtung einer Sachverständigengruppe für Energie und Klima eingeleitet, die den portugiesischen NECP erarbeitet.

Auch an der erforderlichen analytischen Grundlage arbeitet Portugal bereits. Das Land kann sich auf langfristige Energie- und Klima-Pläne und -Fahrpläne stützen, darunter der Fahrplan für CO₂-arme Entwicklung für 2050, die Selbstverpflichtung Portugals zu umweltfreundlichem Wachstum und das 2015 erstellte nationale Klimaschutzprogramm 2020/30 (PNAC 2020/2030). Darin sind für 2030 unter anderem folgende Ziele vorgesehen:

- erneuerbare Energien: 40 % am Gesamtendenergieverbrauch;
- Energieintensität: von 129 t RÖE/Mio. EUR des BIP im Jahr 2013 auf 101 t RÖE/Mio. EUR des BIP;

- Verbindungsleitungen: Erreichung des Stromverbundziels von 15 %;
- Verringerung der Treibhausgasemissionen: 52,7–61,5 Mio. t CO₂ (abhängig vom Ergebnis des EU-Legislativverfahrens zur Klimagesetzgebung der EU für 2030).

Die portugiesische Regierung hat auf der 22. Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP 22) angekündigt, bis 2050 national die CO₂-Neutralität anzustreben. Dazu werden neue Modelle für den Zeithorizont 2050 erstellt, um im Rahmen der Entwicklung eines Fahrplans für die Erreichung der CO₂-Neutralität in Portugal bis 2050 die Auswirkungen kostenwirksamer Maßnahmen sowie die wichtigsten Entwicklungen bei der Dekarbonisierung zu bestimmen und zu analysieren. Dies soll 2017-2019 unter der Koordination des Umweltministeriums sowie unter Beteiligung relevanter Interessenträger unterschiedlicher Sektoren (Energie, Verkehr, Industrie, Abfallwirtschaft, LULUCF, Landwirtschaft, Wasserwirtschaft etc.) erfolgen. Diese Arbeiten stellen einen wichtigen Beitrag zu den klimapolitischen Aspekten des NECP dar und werden in die Arbeit der vorstehend genannten Sachverständigengruppe für Klima und Energie einfließen.

Rumänien

Rumänien beginnt derzeit mit der Entwicklung eines integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030. Gegenwärtig wird eine öffentliche Konsultation zum Entwurf einer überarbeiteten Energiestrategie durchgeführt, die in den NECP einfließen wird. Mit der Entwicklung von Referenzszenarien und politischen Szenarien wird derzeit zudem an der Erstellung der analytischen Grundlage für den NECP gearbeitet.

Die rumänische Energiestrategie für 2009 bis 2020 wird zurzeit mit Blick auf die Jahre 2016 bis 2030 und zur Vorbereitung der Strategie für 2050 überprüft. Nach einer Umweltfolgenabschätzung soll sie im Laufe des Jahres 2018 angenommen werden. Für erneuerbare Energien und Energieeffizienz wurden noch keine Ziele festgelegt. Rumänien verfügt seit 2016 über eine nationale Strategie für Klimaschutz und Wachstum in einer CO₂-armen Wirtschaft für den Zeitraum 2016-2020.

Slowakei

Die Slowakei beginnt derzeit mit der Entwicklung eines integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030 und hat dazu eine Arbeitsgruppe für die Erstellung der analytischen Grundlage des NECP eingerichtet, in der alle relevanten Ministerien sowie die Regulierungsbehörde für Netzindustrien vertreten sind. In die Konsultation zum Entwurf des NECP wurden mehrere Interessengruppen einbezogen. Die Slowakei hat die Kommission um technische Unterstützung bei der Erarbeitung des Plans ersucht. Im September 2017 wurden Kontakte mit dem Auftragnehmer hergestellt, der Gesamtarbeitsumfang wird derzeit erörtert und im Herbst 2017 sollen vor Ort Treffen mit dem Auftragnehmer stattfinden.

Die Slowakei verfügt über eine Energiestrategie (2014) mit dem Zeithorizont 2035, die auch einen Ausblick auf 2050 umfasst. Zudem wird derzeit eine Strategie für eine CO₂-arme Entwicklung erarbeitet, die im Frühjahr 2018 fertiggestellt werden soll.

Slowenien

Slowenien beginnt derzeit mit der Entwicklung des integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030. Dazu wird gegenwärtig eine dienststellenübergreifende Arbeitsgruppe der zuständigen Ministerien eingerichtet, die die Erstellung des NECP koordinieren soll.

Slowenien verfügt über ein operationelles Programm für die Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2020, das auch einen Ausblick auf 2030 umfasst. Das operationelle Programm enthält indikative sektorbezogene Ziele für die Verringerung der Treibhausgasemissionen in den Nicht-EHS-Sektoren. Im Juni 2017 hat das Infrastrukturministerium ein erstes Dokument veröffentlicht, um eine öffentliche Debatte über das neue Energiekonzept Sloweniens für die Zeit bis 2050 anzustoßen. Das Konzept (derzeit noch Gegenstand der öffentlichen Konsultation) zielt auf eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um 80 % bis 2050 gegenüber 1990 sowie auf einen Anteil der erneuerbaren Energien von mindestens 52 % ab. Zudem sieht der Entwurf bis 2030 eine Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch auf 27 % vor.

Der Aktionsplan für erneuerbare Energie mit dem Zeithorizont 2030 wird derzeit überprüft. In der langfristigen Strategie für die Mobilisierung von Investitionen in die Renovierung des nationalen Gebäudebestands ist vorgesehen, den Endenergieverbrauch in Gebäuden bis 2030 gegenüber 2005 um 30 % zu verringern, mindestens zwei Drittel des Gesamtenergiebedarfs in Gebäuden durch erneuerbare Quellen zu decken und eine Fläche von 26 Mio. m² zu renovieren.

Spanien

Spanien beginnt derzeit mit der Entwicklung eines integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030. Im Rahmen der interinstitutionellen Vorkehrungen hat die mit der Entwicklung des Gesetzes zum Klimawandel und zur Umstellung im Energiebereich sowie des NECP beauftragte interministerielle Gruppe ihre Arbeit bereits aufgenommen und im April ihre erste Sitzung abgehalten. Zu dem NECP und der regionalen Zusammenarbeit müssen noch öffentliche Konsultationen durchgeführt werden. An der Entwicklung der analytischen Grundlage für den NECP wird gearbeitet.

Bisher gibt es keine nationalen Ziele für die Zeit nach 2020. Die spanische Regierung hat im Juli 2017 eine Sachverständigenkommission eingesetzt und damit beauftragt, Szenarien für die Umstellung im Energiebereich festzulegen und zu untersuchen. Diese Kommission wird einen Bericht zur Analyse verschiedener Optionen für Energie- und Klimastrategien zur Erreichung der europäischen Ziele erstellen. Der Bericht soll bis Ende des ersten Quartals 2018 vorliegen. Spanien überprüft derzeit seine Strategie für Klimaschutz und

saubere Energie sowie den Fahrplan für die Nicht-EHS-Sektoren bis 2020 mit Blick auf den Zeitraum bis 2030. Die spanische Regierung beabsichtigt, noch in dieser Legislaturperiode ein Gesetz zum Klimawandel und zur Umstellung im Energiebereich vorzulegen; dazu wurde eine öffentliche Konsultation eingeleitet.

Schweden

Die Entwicklung eines integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030 ist in Schweden bereits fortgeschritten und erfolgt unter der Zuständigkeit der schwedischen Energieagentur. Im Januar 2018 soll dazu eine öffentliche Konsultation stattfinden, und ein Entwurf des NECP sollte Anfang 2018 vorliegen. Hinsichtlich der regionalen Zusammenarbeit hebt Schweden den allgemein guten Dialog mit den anderen nordischen Ländern hervor. In Schweden wurde im Juni 2016 eine politische Einigung auf eine langfristige Energiestrategie erzielt. Die parlamentarische energiepolitische Kommission legte im Januar 2017 folgende Vorschläge vor:

- 100 % Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bis 2040, aber kein Ausstieg aus der Kernenergie;
- Halbierung der Energieintensität (Gesamtbereitstellung von Primärenergie/BIP) von 2005 bis 2030;
- Verlängerung und Verschärfung der Stromzertifizierungsregelung bis 2030.

Mit Blick auf den Klimawandel hat das schwedische Parlament im Juni 2017 einen nationalen klimapolitischen Rahmen angenommen. Dieser umfasst ein Klimagesetz sowie neue nationale Klimaziele und sieht einen Rat für Klimapolitik vor.

Klimaziele:

- keine Netto-Treibhausgasemissionen in die Atmosphäre bis 2045 und danach negative Emissionen. Die durch Tätigkeiten auf schwedischem Gebiet verursachten Emissionen müssen somit 2045 mindestens 85 % niedriger sein als 1990. Zusätzliche Maßnahmen können auf die Erreichung von null Netto-Emissionen angerechnet werden, darunter eine erhöhte Aufnahme von Kohlendioxid in Wäldern und Landflächen sowie Investitionen in anderen Ländern;
- die Emissionen in Schweden außerhalb des EU-EHS sollten bis 2030 mindestens 63 % und bis 2040 mindestens 75 % niedriger sein als im Jahr 1990. Damit diese Ziele bis 2030 und 2040 erreicht werden, dürfen nicht mehr als 8 bzw. 2 Prozentpunkte der Verringerung der Emissionen durch zusätzliche Maßnahmen erzielt werden; die durch den inländischen Verkehr verursachten Emissionen müssen bis 2030 mindestens 70 % niedriger sein als 2010. Der inländische Luftverkehr ist von diesem Ziel ausgenommen, da dieser Sektor unter das EU-EHS fällt.

Vereinigtes Königreich

Die Entwicklung eines integrierten nationalen Energie- und Klimaplans (NECP) für den Zeitraum 2021-2030 ist im Vereinigten Königreich bereits fortgeschritten. Der NECP soll CO₂-Pläne umfassen, die die fünf bereits bestehenden CO₂-Budgets betreffen. In die Arbeiten zur Entwicklung eines Plans zur Verringerung der Emissionen in den 2020er-Jahren wurden auch externe Interessenträger einbezogen.

Das Vereinigte Königreich hat sich im Rahmen seines Gesetzes zum Klimawandel (2008) zu dem langfristigen Ziel verpflichtet, die THG-Emissionen bis 2050 gegenüber 1990 um 80 % zu senken. Dazu hat die Regierung fünfjährige sogenannte CO₂-Budgets festgelegt, die die Menge der Treibhausgase begrenzen, die das Vereinigte Königreich in einem Zeitraum von fünf Jahren emittieren darf.

Zudem hat die Regierung des Vereinigten Königreichs 2011 einen CO₂-Plan erstellt, der Szenarien für die Einhaltung der ersten vier CO₂-Budgets enthält. Im Oktober 2017 wurde eine Strategie für umweltfreundliches Wachstum veröffentlicht, in der umfassende Maßnahmen beschrieben sind, die das „saubere Wachstum“ beschleunigen sollen – d. h. zu verstärktem Wirtschaftswachstum und geringeren Emissionen führen – und den Zeitraum des vierten und fünften CO₂-Budgets umfassen.